



Klimaschutzplan 2050 und Klimaschutzgesetz – Sachstand und Anforderungen der IG Metall

Aktueller Stand	1
BCG Studie zu Industrie und Klimaschutz – mögliche Wege zum Klimaziel	1
Klimaschutzplan 2050 und Klimaschutzgesetz – industriepolitisch steuern	3
Gewerkschaftliche Anforderungen an eine Klimastrategie	4
1. Erfolgreiche Klimapolitik braucht einen aktiven und investiven Staat, der seine industriepolitischen Aufgaben wahrnimmt.....	4
2. Sektorziele – klimapolitische Anforderungen, technologische Machbarkeit und beschäftigungspolitische Folgewirkungen.....	5
3. Eine faire Lastenverteilung der Transformationskosten steht im Mittelpunkt der Akzeptanz notwendiger klimapolitischer Maßnahmen.....	6
4. ‚Just Transition‘ erfordert verlässliche Rahmenbedingungen vonseiten der Unternehmen und der Politik.....	6
5. Industrielle Wertschöpfungskette im deutschen Transformationsprozess mitnehmen.....	7
6. Deutschlands Schlüsselrolle in der internationalen Klimapolitik	7
Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ – Anforderungen aus Sicht der IG Metall	8
Ausblick	8

Aktueller Stand

Mit dem Pariser Klimaabkommen und dem darin festgelegten Ziel, die Erderwärmung auf plus 1,5 bis maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, ist im Rahmen der Vereinten Nationen eine Vereinbarung zu einer globalen Klimapolitik getroffen worden. Diese muss nun auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene weiter ausgestaltet werden. Für Deutschland entsteht daraus die Verpflichtung, bis zum Jahr 2050 die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

Heute stehen wir in der Klimapolitik längst nicht mehr am Anfang. Dennoch steht ein wirklich grundlegender Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft bisher noch aus. Energiewende, Mobilitätswende, Wärmewende – diese Themen werden in den nächsten drei Jahrzehnten zu enormen Veränderungen, auch in der industriellen Produktion, führen.

Deutschland hat seine Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2017 um 27,7 Prozent verringert. Statt der angestrebten Reduzierung um 40 Prozent bis 2020 werden laut diesjährigem Klimaschutzbericht der Bundesregierung bis dahin voraussichtlich nur 32 Prozent erreicht. Während in der Industrie und bei den Gebäuden die Sektorziele zur Emissionsreduzierung bis 2020 voraussichtlich erreicht werden, wird der Sektor Energiewirtschaft das 2020-Ziel klar verfehlen und im Sektor Verkehr haben sich die Emissionen gegenüber 1990 sogar leicht erhöht. Insgesamt sinken die Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren nur noch wenig und stagnieren auf etwa gleichhohem Niveau.

Die Klimabilanz zeigt daher ein durchaus gemischtes Bild. Einerseits konnte seit 1990 eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemissionen auf der Basis vielfacher Effizienzfortschritte erreicht werden. Andererseits hat sich die bereits seit 2014 erkennbare Lücke beim Erreichen des Klimaziels 2020 trotz zusätzlicher Maßnahmen aus dem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ bis heute eher verfestigt. Zur beschränkten Wirksamkeit des Aktionsprogramms kommen zusätzliche Faktoren, wie das in den vergangenen Jahren unerwartet deutliche Bevölkerungswachstum und die unerwartet dynamische Konjunkturlentwicklung.

Deutschland kann sich in der Klimapolitik also keineswegs zurücklehnen. Hinzu kommt, dass die heute getroffenen Entscheidungen über Investitionen in Produktionsprozesse oder in die Infrastruktur immer häufiger die Entwicklung bis 2030, 2050 oder sogar darüber hinaus vorzeichnen. Die Zeit zum Handeln ist also jetzt.

BCG Studie zu Industrie und Klimaschutz – mögliche Wege zum Klimaziel

Die Studie „Klimapfade für Deutschland“, Anfang 2018 vorgestellt, kommt zu dem Ergebnis, dass die Sicherung und der Ausbau von Wertschöpfung und Beschäftigung parallel zur Erreichung der Klimaziele möglich sind. Allerdings sind ganz erhebliche Transformationsanstrengungen und eine kluge Industriepolitik notwendig.

Erarbeitet wurde die Studie von BCG und Prognos im Auftrag des BDI, mit einer breiten Beteiligung von Industrievertretern, sowie Vertretern aus Verbänden und Gewerkschaften aus

allen Branchen. Auch die IG Metall war beratend im Beirat der Studie vertreten. Mit der Studie soll die Debatte über den Klimaschutzplan 2050 begleitet werden. Dabei legt die Studie ihr Augenmerk auf die technologische Machbarkeit der Maßnahmen und eine solide gesamtwirtschaftliche Abschätzung der ökonomischen Folgen und der beschäftigungspolitischen Effekte.¹

Neben den Aussagen zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft, sind in der Studie die jeweiligen Klimapfade für die Sektoren Industrie, Verkehr, Energie, Gebäude und Landwirtschaft vertiefend dargestellt.

Im Folgenden werden zentrale Aussagen der Studie zusammengefasst:

- Mit den bisher auf den Weg gebrachten Klimamaßnahmen kann eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen von 61 Prozent bis 2050 erreicht werden. Es sind weitere Maßnahmen notwendig, um die signifikante Lücke zur Erreichung des 80-Prozent-Ziels zu schließen. Das 95-Prozent-Ziel liegt an der Grenze des absehbar technisch machbaren und würde eine global abgestimmte und international ähnlich ambitionierte Umsetzung der klimapolitischen Maßnahmen erfordern.
- Die Transformation ist mit heute bereits zur Verfügung stehenden oder absehbaren neuen Technologien erreichbar. Sollten zukünftige Innovationen den Einsatz weiterer sog. technologischer „game changer“ möglich machen, könnte das zur Senkung der Transformationskosten beitragen.
- Die volkswirtschaftlichen Gesamteffekte sind, bei einer effizienten Umsetzung der Klimamaßnahmen, gering bis leicht positiv. Dies gilt auch für die Beschäftigung. Dabei wird es zu Verschiebungen zwischen den Branchen kommen.
- Es müssen erhebliche Mehrinvestitionen in Höhe von 1,4 Billionen Euro bis 2050 zur Erreichung des 80%-Ziels getätigt werden. Dem stehen potentielle Einsparungen, z.B. bei Energieimporten, gegenüber.
- Investitionen in den Klimaschutz sind in Teilen auch Investitionen in eine moderne Infrastruktur, die langfristige Vorteile für den deutschen Industriestandort bringen. Für die meisten Branchen ist die Umsetzung der Klimaziele eher eine Chance, z.B. für Anbieter von Effizienztechnologien.
- Gleichzeitig müssen die internationalen Wettbewerbsbedingungen berücksichtigt und ein wirksamer Carbon-Leakage-Schutz der Industrie sichergestellt werden.
- In allen Branchen, die unter einem klimaschutzbedingten Transformationsdruck stehen, muss der Strukturwandel politisch begleitet werden. Am deutlichsten wird dies zurzeit beispielsweise in der Kohleverstromung oder der Automobilindustrie.

Die Studie bietet eine gute Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Klimapolitik und die im Koalitionsvertrag vereinbarten klimapolitischen Maßnahmen.

¹ Link zur Studie: <https://bdi.eu/publikation/news/klimapfade-fuer-deutschland/>

Klimaschutzplan 2050 und Klimaschutzgesetz – industriepolitisch steuern

Mit dem Klimaschutzplan 2050 hat die Bundesregierung noch in der letzten Legislaturperiode ein politisches Instrument zur Steuerung der nationalen Klimapolitik verabschiedet. Er beschreibt die „Transformation zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft und Gesellschaft“ und soll als Strategiepapier dienen, mit dem das in Paris verabschiedete internationale Klimaschutzabkommen in deutsche Politik übersetzt wird. Außerdem sind im Klimaschutzplan 2050 die jeweiligen Korridore zur Treibhausgasminderung in den einzelnen Sektoren und erstmals ein Zwischenziel für 2030 festgelegt worden. Ein detaillierter Fahrplan ist der Klimaschutzplan allerdings nicht.

Im Koalitionsvertrag hat die neue Bundesregierung zur Klimapolitik zwei grundlegende Vereinbarungen für die nächste Legislaturperiode getroffen:

- Die **Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 mit den für alle Sektoren vereinbarten Maßnahmenpaketen und Zielen**. Die Lücke beim Klimaziel 2020 soll möglichst geschlossen werden.
- Die Verabschiedung eines **Klimaschutzgesetzes im Jahr 2019**. So soll die rechtliche Verbindlichkeit zur Erreichung der Klimaziele 2030 erhöht werden.

Außerdem sollen verschiedene Kommissionen eingesetzt werden: Die *Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“* soll ein Aktionsprogramm zur Erreichung der Klimaziele 2020 und für den Ausstieg aus der Kohleverstromung erarbeiten. Die *Kommission „Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“* soll eine Strategie für den Verkehrssektor erstellen. Außerdem soll die „Nationale Plattform für Elektromobilität“ in eine *Plattform „Zukunft der Mobilität“* umgestaltet werden.

Insgesamt werden im Koalitionsvertrag der Bundesregierung zwar notwendige nächste Schritte in der Klimapolitik aufgeführt, wie Anreize für emissionsarme Mobilität, eine Anhebung der Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien oder Effizienzsteigerungen im Wärmebereich. Allerdings werden die bisher vorgesehenen ersten Maßnahmen nur unzureichend zum Erreichen der Klimaziele beitragen. Vielmehr erscheinen die Aktivitäten der Bundesregierung wenig koordiniert und werden von daher nur schleppend umgesetzt.

Aus diesem Grund hat die IG Metall bereits mehrfach kritisch Stellung bezogen. Das betrifft zum einen die politische Abstimmung im Vorfeld der Positionierung der Bundesregierung gegenüber den Vorschlägen der EU-Kommission zur CO₂-Regulierung bei PKW und leichten Nutzfahrzeugen. Zum anderen hat die IG Metall kritisiert, dass die im Koalitionsvertrag angekündigten steuerlichen Anreize bei der energetischen Gebäudesanierung nicht im Entwurf des Haushaltsplans berücksichtigt sind. Auch die für 2019 und 2020 angekündigten Sonderausschreibungen bei Windenergie an Land und auf See sind von der IG Metall eingefordert worden. Sie fehlen bisher im sog. 100-Tage-Gesetz des BMWi und werden wieder und wieder vertagt.

Die ersten Erfahrungen zeigen, dass weiter mit einem Mangel an ressortübergreifender Koordinierung und politischer Steuerung gerechnet werden muss. Stattdessen liefert die Bundesregierung ein Puzzle vielfältiger Aktivitäten, deren langfristige Wechselwirkung und deren

Zielerreichung unklar bleiben. Dies läuft der Forderung der IG Metall nach einer stärker koordinierten Energie- und Verkehrswende entgegen. Stattdessen steht zu befürchten, dass mit wechselseitigem Gerangel um Zuständigkeiten und lähmenden Aushandlungsprozessen gerechnet werden muss.

Umso mehr ist die IG Metall aufgefordert, ihre eigenen Eckpunkte im politischen Prozess einzubringen:

- Eine sorgfältige industriepolitische Steuerung der notwendigen Transformationsprozesse.
- Transparente und verlässliche Ministerien übergreifende politische Abstimmungsprozesse bei der Festlegung politischer Rahmenregulierung.
- Eine fundierte soziale Folgenabschätzung und Begleitung durch struktur- und beschäftigungspolitische Maßnahmen.

Die Bundesregierung muss die Zusage für einen Beteiligungsprozess der Sozialpartner bei der Fortschreibung der Maßnahmen zum Klimaschutzplan 2050 einlösen.

Gewerkschaftliche Anforderungen an eine Klimastrategie

Vor diesem Hintergrund gibt es in der IG Metall einen intensiven Austausch darüber, vor welchen klimapolitischen Herausforderungen wir in den von uns organisierten Branchen stehen. Daraus und für die weitere Debatte sind gemeinsame Leitlinien zu den gewerkschaftlichen Anforderungen an eine Klimastrategie entwickelt worden.

1. Erfolgreiche Klimapolitik braucht einen aktiven und investiven Staat, der seine industriepolitischen Aufgaben wahrnimmt

Investitionen in den Klimaschutz sind immer auch Investitionen in eine zukunftsfähige und moderne Infrastruktur. Ohne mehr öffentliche Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen wird das nicht gehen. Wir können der nachfolgenden Generation nicht nur eine „Schwarze Null“ hinterlassen. Viel wichtiger ist es, heute in eine moderne Infrastruktur und in Schlüsselindustrien zu investieren und so die Basis dafür zu legen, dass es in Deutschland auch in Zukunft gut bezahlte Industriearbeit geben wird. Eine konsequente Innovationsförderung bietet die Chance, Klimaschutz durch neue technische Lösungen schneller und kostengünstiger zu machen.

Für viele deutsche Unternehmen gehören energie- und ressourcenschonende Technologien bereits heute zum Markenkern. Hierzu gehören beispielsweise energieeffiziente Elektromotoren mit reibungsarmen Oberflächen, besonders verlustarme Hochtemperatur-Supraleiter bei elektrischem Strom, organische LEDs und vieles mehr.

Deutschland bieten sich in diesem Kontext Chancen zum Aufbau einer Technologie- und Innovationsführerschaft in nachhaltigen Zukunftstechnologien. ². Das globale Marktvolumen betrug, gemäß den Untersuchungen der Beratungsfirma Roland Berger in dem 2018 erschienenen Green-Tech-Atlas made in Germany⁽²⁾, 2016 über 3,2 Billionen Euro, darunter für die GreenTech-Leitmärkte der Energieeffizienz 837 Milliarden und für Nachhaltige Mobilität 421 Milliarden. Der GreenTech-Atlas liefert anhand vieler Branchenbeispiele eine Leistungsbilanz für GreenTech made in Germany und zeigt, dass die deutsche Industrie bei einem ambitionierten Klimapfad Chancen generieren kann.

Eine wesentliche Voraussetzung aber ist, dass von der Politik rechtzeitig die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen oder weiterentwickelt werden. Parallel müssen mit zentralen Infrastrukturprojekten, wie der Erweiterung des ÖPNV und dem Ausbau der Stromnetze oder der Modernisierung des öffentlichen Gebäudebestandes, Investitionen ausgelöst und eine schnellere Durchdringung mit klimaeffizienten Technologien angereizt werden.

Eine sorgfältige industriepolitische Steuerung kann marktwirtschaftliche Instrumente nutzen, sie überlässt den notwendigen Transformationsprozess aber nicht alleine dem Markt. Denn sie muss neben dem ökonomischen Erfolg auch die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft im Blick haben. Eine ökologische verantwortungsbewusste Produktion und gut qualifizierte und gut bezahlte Industriearbeit sind dafür die Eckpfeiler.

2. Sektorziele – klimapolitische Anforderungen, technologische Machbarkeit und beschäftigungspolitische Folgewirkungen

Im Klimaschutzplan der Bundesregierung ist festgelegt worden, welche Ziele jeweils von den einzelnen Sektoren zur Treibhausgasminderung bis 2030 erreicht werden sollen. Es ist grundsätzlich richtig wenn eine langfristig angelegte Klimapolitik mit mittelfristigen Zielkorridoren unterlegt wird. Das kann ein Baustein sein, um zu transparenten Entscheidungsprozessen zu gelangen.

Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass bei einem fortschreitenden Transformationsprozess sehr genau auf eine kluge Abstimmung bei der Festlegung von erreichbaren Zielgrößen und der damit verbundenen politischen Regulierung geachtet werden muss. Anspruchsvolle CO₂-Regulierung hat Folgen für die Beschäftigung und für die Industriestruktur. Politisches Handeln muss deshalb nachvollziehbare Wege zur Realisierung der Ziele aufzeigen und eine umfassende soziale Folgenabschätzung vornehmen. Sie sind eine Grundlage dafür, dass gesellschaftliche Aushandlungsprozesse nicht als bloßer „Zielbasar“ erlebt werden.

Deshalb müssen aus Sicht der IG Metall überall dort, wo Branchen von wirtschaftlichen Anpassungsprozessen betroffen sind, Lösungsstrategien erarbeitet werden. Erreicht werden muss eine klima- und industriepolitische Perspektive für die jeweilige Branche die sichere und gut bezahlte Industriearbeitsplätze für die Beschäftigten gewährleistet.

Aktuelle Beispiele dafür sind:

- Automobilindustrie (840.000 Beschäftigte / davon 210.000 im Antriebsstrang): Europäische CO₂-Regulierung bei PKW und leichten Nutzfahrzeugen von 2020 bis 2030.
- Stahlindustrie (96.000 Beschäftigten): Europäischer Emissionshandel und Vorgaben zur CO₂-Regulierung im Rahmen der 4. Handelsperiode von 2020 bis 2030.

² GreenTech made in Germany 2018 – Umwelttechnologie-Atlas in Deutschland, Hrsg. BMU, Text Roland Berger GmbH, März 2018, www.greentech-made-in-Germany.de

- Windindustrie (45.000 Beschäftigte): Ausbaurridor für Wind an Land und Wind auf See im EEG und Design für Ausschreibungen neuer Projekte.
- Heizungsindustrie (26.000 Beschäftigte): Fördersystem für energetische Sanierung von Gebäuden und Gebäudeenergiegesetz.
- Energieanlagenbau (50.000 Beschäftigte): Perspektiven und Marktentwicklung für konventionellen Kraftwerksbau

3. Eine faire Lastenverteilung der Transformationskosten steht im Mittelpunkt der Akzeptanz notwendiger klimapolitischer Maßnahmen

Klimaschutz schafft Anreize für Investitionen, aber nicht jede klimapolitisch sinnvolle Investition rechnet sich aus der Entscheider-Perspektive auch betriebswirtschaftlich. Ähnliches gilt auch für unsere Kolleginnen und Kollegen aus der Sicht als Verbraucher. Deshalb gehört eine faire und transparente Lastenverteilung zu den zentralen politischen Steuerungsaufgaben in der Klimapolitik.

Die IG Metall und der DGB haben dazu konkrete Reformvorschläge eingebracht. Ein Beispiel ist die Warmmietenneutralität bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden. Das heißt am Ende sollte die Miete nicht mehr steigen, als der Mieter bei den Energiekosten durch die Sanierung einsparen kann.

Auch bei der Finanzierung der Energiewende werden die Abgaben und Umlagen auf den Strompreis sowohl klimapolitisch als auch verteilungspolitisch zunehmend zu einem Problem, weil sie grünen Strom – also den Energieträger der Zukunft – teuer machen. Das macht Reformen notwendig, um bei den Energiesteuern mehr Impulse für einen CO₂-effizienten Energieträgereinsatz zu erreichen.

Ein Vorschlag der Gewerkschaften ist die Abschaffung der Stromsteuer, die ursprünglich als Ökosteuern eingeführt worden war und keine Steuerungswirkung mehr hat. Im Gegenteil, sie verteuert ebenfalls grünen Strom.

Ein weiterer Vorschlag ist, einen Energiewendefonds einzurichten, mit dem Teile der EEG-Umlage – insbesondere die anfänglich sehr hohen technologischen Entwicklungskosten bei den erneuerbaren Energien – steuerfinanziert werden können. Auch die Befreiung der energieintensiven Industrie von einem Großteil der EEG-Umlage könnte, statt wie bisher auf alle Stromverbraucher umgelegt zu werden, aus Steuermitteln finanziert werden.

4. ‚Just Transition‘ erfordert verlässliche Rahmenbedingungen vonseiten der Unternehmen und der Politik

Strukturwandel muss sozial gerecht gestaltet werden. Für „Just Transition“ haben wir uns als Gewerkschaften bei den internationalen Klimaverhandlungen stark gemacht. Ungebremste Strukturumbrüche, die mit hohen Arbeitsplatzverlusten verbunden sind, müssen verhindert werden.

So hat die IG Metall beispielsweise in der Auseinandersetzung mit dem Siemens-Konzern dafür gekämpft, dass strukturbedingte Absatzprobleme bei der konventionellen Kraftwerkstechnik nicht einfach mit Standortschließungen bereinigt werden.

Auch in der Automobilindustrie wird die Elektromobilität zu ganz erheblichen Veränderungen in der Produktionskette einer unserer Schlüsselindustrien führen. Deshalb fordert die IG Metall von den Unternehmen der Automobilindustrie Investitionen in Zukunftstechnologien und Konzepte, wie Standorte weiterentwickelt und Beschäftigung gesichert werden können.

Auch die Politik muss den Strukturwandel mit einer aktiven und beschäftigungsorientierten Industriepolitik gestalten. Eine Forderung der IG Metall bleibt die Einführung eines Transformationskurzarbeitergeldes, denn Strukturwandel braucht Zeit und verlässliche soziale Absicherung.

5. Industrielle Wertschöpfungskette im deutschen Transformationsprozess mitnehmen

Klimapolitische Regulierung darf nicht zu einem schlichten Verdrängungswettbewerb von energieintensiver Produktion in andere Teile dieser Welt führen. Deshalb hat sich die IG Metall für einen wirksamen „Carbon Leakage“-Schutz im europäischen Emissionshandel eingesetzt. Gleiches gilt für international wettbewerbsfähige Stromkosten für die energieintensive Industrie. Abhängig vom klimapolitischen Ambitionsniveau in anderen Wirtschaftsregionen müssen Entlastungsregelungen geschaffen werden, um die höheren Strombezugskosten in einem auf erneuerbaren Energien und Gaskraftwerken beruhenden Energiesystem auszugleichen und den Bezug von Grundlaststrom zu wettbewerbsfähigen Preisen zu ermöglichen.

Beide Themen zeigen beispielhaft, dass die Veränderungsprozesse, vor denen die heute in Deutschland bestehenden industriellen Wertschöpfungsketten stehen, nicht banal sind. Sie brauchen eine ebenso sorgfältige klimapolitische wie industriepolitische Steuerung, damit es zu keiner schleichenden Abwanderung dieser Industriezweige und einem Bruch in den Wertschöpfungsstrukturen kommt. Die Politik steht vor der anspruchsvollen Aufgabe, die Umsetzung der komplexen Klimapolitischen Maßnahmen mit der Erhaltung und Stärkung des Industriestandorts Deutschland in Einklang zu bringen.

6. Deutschlands Schlüsselrolle in der internationalen Klimapolitik

Die Schlüsselrolle Deutschlands in der internationalen Klimapolitik ergibt sich weniger aus dem deutschen Anteil an den weltweiten Treibhausgasemissionen. Er liegt unter drei Prozent. Sie ergibt sich in erster Linie daraus, dass Deutschland als führende Industrienation die Rolle eines „enabler“ in der Klimapolitik einnehmen kann.

Denn erstens gehört die deutsche Industrie zu den wichtigsten Technologielieferanten für die Weltwirtschaft. Innovationen für neue Werkstoffe und Produkte und neue Technologien für eine klimaneutrale Produktionsweise müssen also in Deutschland mit entwickelt werden.

Und zweitens kann Deutschland zeigen, dass das „Großprojekt Klimaschutz“ mit wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit erfolgreich zusammen organisiert werden können. Je besser das gelingt, desto besser sind die Erfolgsaussichten der Klimapolitik, auch auf europäischer und auf globaler Ebene weiter voran zu kommen.

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ – Anforderungen aus Sicht der IG Metall

Die Bundesregierung hat am 6. Juni die „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ berufen und deren Mitglieder benannt. Aufgabe der Kommission ist es ein Aktionsprogramm vorzulegen, mit dem der Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen sozialverträglich begleitet und eine wirtschaftliche Perspektive entwickelt werden kann. Darüber hinaus soll ein Plan zur schrittweisen Reduzierung der Kohleverstromung einschließlich eines Abschlussdatums erstellt werden. Außerdem sollen Maßnahmen erarbeitet werden, wie der Energiesektor das Ziel zur Treibhausgasreduzierung für 2030 zu verlässlich erreichen und die Lücke zum 2020-Ziel möglichst schließen kann.

Die Ergebnisse der Kommission sollen in folgenden Schritten vorliegen:

- Bis Ende Oktober 2018 – Maßnahmen für die Braunkohleregionen.
- Rechtzeitig vor Beginn der UN-Klimakonferenz vom 3. bis 14. Dezember - Beiträge der Energiewirtschaft, um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent Ziel bis 2020 so weit wie möglich zu verringern.
- Bis Ende 2018 – Abschlussbericht der Kommission.

Die Gewerkschaften sind in der Kommission mit drei Mitgliedern – DGB, verdi, IGBCE – vertreten. Zur Arbeit der Kommission wird vom DGB eine Begleitstruktur organisiert, an der die IG Metall beteiligt ist.

Die Weichenstellungen durch empfohlene Maßnahmen der Kommission WSB können unmittelbare Auswirkungen auf Branchen haben, die die IG Metall vertritt. Neben einem Fahrplan zum Ausstieg aus der Braunkohle sollte auch über Rahmenbedingungen für Neuinvestitionen gesprochen werden. Neben den Themen Versorgungssicherheit und Netzstabilität muss dabei der Strukturwandel im konventionellen Energieanlagenbau thematisiert werden. Geklärt werden muss, wie heute bestehende Investitionshemmnisse beseitigt werden können. Laut BCG-Studie wäre bis 2040 eine Verdoppelung der heute bestehenden Gaskraftwerksleistung und der Speicherkapazitäten notwendig. Auch sind Rückwirkungen möglicher Finanztransfers zur Abschaltung von Kohlekraftwerken auf die Strompreise zu erwarten.

Parallel zu einem Ausstiegspfad sollte auch der Ausbaupfad bei den erneuerbaren Energien gestärkt und der Beschäftigungsaufbau in diesen Branchen gesichert werden. Ziel muss es sein industrielle Beschäftigung, etwa in der Windindustrie, in Deutschland zu halten und weiter auszubauen. Auch die Verkehrswende mit einem Hochlauf der Elektromobilität und die Wärmewende verfehlen ohne eine beschleunigte Energiewende bei der Stromerzeugung ihre klimapolitische Wirkung.

Ausblick

Klimapolitik wird in den kommenden Jahren ein wesentlicher Treiber für gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse sein. Als IG Metall müssen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, frühzeitig die Chancen und Risiken des Strukturwandels für die Beschäftigten in den betroffenen Branchen oder Region zu gestalten.

Die Bundesregierung wird 2018 und 2019 im Rahmen der Fortschreibung des Klimaschutzplans 2050 und der Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes ihre klimapolitischen Aktivitäten bündeln. Die IG Metall wird diese Aktivitäten begleiten und jeweils politisch Stellung beziehen.